

INHALT

<i>A. Der Sachverhalt</i>	6
I. Der Einlagensicherungsfonds.	6
II. Die Meinungsverschiedenheit zu § 5 (10) S. 3 Statut . .	9
III. Die Rechtsfrage	9
<i>B. Stellungnahme</i>	10
I. Die Mitwirkung am Einlagensicherungsfonds.	10
II. Die einschlägigen Beurteilungskriterien	13
1) Satzungskontrolle bei Bestimmungen gegenüber Nichtmitgliedern	13
2) Satzungskontrolle bei Bestimmungen gegenüber Mitgliedern	15
a) Die Entwicklung der Rechtsprechung	15
b) Die Rad- und Kraftfahrerbund-Entscheidung des BGH.	16
3) Die Relevanz der Unterscheidung im vorliegenden Fall	19
III. Die Anwendung im einzelnen	20
1) Die satzungsmäßigen Voraussetzungen für einen Ausschluß	20
a) Pflichtverletzung?	20
b) Einzelfallprüfung	23
2) Die Monopolstellung des Einlagensicherungsfonds .	23
3) Die existenzielle Betroffenheit einer Privatbank . . .	25
4) Die Interessen des Bundesverbandes deutscher Banken	26
a) Das Eintreten von Mutterbanken für Tochter- banken.	27

b) Die Gleichstellungsargumentation	28
aa) Der Nutznießungsgedanke	28
bb) Der Solidaritäts- und Zumutbarkeitsgedanke.	32
aaa) Aktienbank	32
bbb) GmbH-Bank	34
ccc) Alleingesellschafter-Geschäftsführer . .	38
5) Anpassung an die Satzungsbestimmung?.	44
a) Kein Anspruch einer Bank gegen einen Mehr-	
heitsgesellschafter	44
b) Zumutbarkeit für den Mehrheitsgesellschafter?. .	44
6) Mildere Ausgestaltung der Satzung.	47
IV. Zusammenfassung der Ergebnisse	49